

BEGLEITTEXT
AUS DER PERSPEKTIVE VON
JOHN RAWLS
VERFASST VON CLAUDIA RITZI

INHALTSVERZEICHNIS

1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT?	1
2. WAS SIND ZENTRALEN GRÜNDE FÜR UNGEICHHEIT IN (WESTLICHEN) DEMOKRATIEN? UND IST UNGEICHHEIT ALS EIN GEWICHTIGES DEFIZIT DER DEMOKRATIE ZU WERTEN?	2
3. GIBT ES WAHRHEIT? WIE UND AUF WELCHER GRUNDLAGE KANN ICH ZWISCHEN RICHTIG UND FALSCH UNTERScheiden?	3
4. WAS PRÄGT UNSERE SICHT AUF DIE WELT BZW. WAS PRÄGT UNSEREN URTEILSSTANDORT? UND WAS GILT ES DAHER IM SINNE EINES MÖGLICHST FREIEN DENKENS UND URTEILENS KRITISCH IN DEN BLICK ZUNEHMEN?	4

1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT?

Zentral für eine gute Gesellschaft ist nach Ansicht von John Rawls, dass sie eine gerechte Gesellschaft ist. Dazu benötigt sie eine gute Grundordnung, es müssen also Regeln gelten, die den Menschen Rechte und Pflichten zuweisen und die von allen akzeptiert werden können.

Zur Identifikation dieser Regeln schlägt Rawls in seinem berühmten Buch „Gerechtigkeit als Fairness“ ein Gedankenexperiment vor: den Schleier der Unwissenheit. Im Rahmen dieses Gedankenexperiments stellen wir uns vor, für welche Gerechtigkeitsgrundsätze wir uns als freie und vernünftige Menschen entscheiden würden, wenn wir nicht wüssten, in welcher Position wir uns innerhalb der Gesellschaft befinden. Wir wissen also beispielsweise nicht, ob wir reich oder arm sind, religiös sind oder nicht, ob wir einen Migrationshintergrund haben oder nicht, ob wir weiblich, männlich oder divers sind. Mit Hilfe des Gedankenexperi-

ments sollen wir also die jeweils individuellen Interessen und Einstellungen überwinden. Rawls ist überzeugt, dass wir uns unter diesen Bedingungen auf zwei Grundsätze einigen würden, die allen gegenüber gerecht sind. Erstens soll jede Person den gleichen Anspruch auf bestimmte Grundfreiheiten haben. Und zweitens müssen a) bestehende Ungleichheiten mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen offenstehen und sie müssen b) den am wenigsten begünstigten Angehörigen der Gesellschaft den größten Vorteil bringen.

Wenn diese Grundsätze erfüllt sind, ist laut Rawls Fairness gewährleistet – auch wenn Ungleichheiten bestehen. Eine gute Demokratie ist in diesem Denken also dadurch gekennzeichnet, dass sie einerseits die Freiheiten der Bürger*innen achtet und andererseits Gerechtigkeit sicherstellt, indem sie Chancengleichheit garantiert und das Wohl der Schwächsten im Blick behält. Aus diesem Grund bezeichnet man seine Theorie auch als „gleichheitsorientierten Liberalismus“.

2. WAS SIND ZENTRALEN GRÜNDE FÜR UNGLEICHHEIT IN (WESTLICHEN) DEMOKRATIEN? UND IST UNGLEICHHEIT ALS EIN GEWICHTIGES DEFIZIT DER DEMOKRATIE ZU WERTEN?

Ungleichheiten resultieren für Rawls einerseits daraus, dass wir mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Interessen und Begabungen geboren werden. Aus dieser Tatsache resultierende Ungleichheiten sind für Rawls – jedenfalls sofern eine Versorgung mit grundlegenden Gütern sichergestellt ist – nicht problematisch. Wer beispielsweise besonders intelligent ist, oder fleißig, kann sich dadurch auch eine besonders gute Position in der Gesellschaft erarbeiten.

Andererseits sind Ungleichheiten aber auch das Ergebnis gesellschaftlicher Strukturen und Anerkennungsprozesse, die sich im dem individuellen Einfluss entziehen. So hat beispielsweise in vielen Staaten ein Kind wohlhabender Eltern bessere Lebensperspektiven als eines, dessen Eltern arm sind. Und das ist für Rawls ein Gerechtigkeitsproblem, weil in solchen Fällen keine Kriterien wie die

individuelle Leistung oder Verdienst die Ungleichheiten begründen. Weil alle Menschen den gleichen Anspruch auf Chancen und ein gutes Leben haben, ist es laut Rawls eine wichtige Aufgabe für demokratische Staaten, in solchen Fällen zu intervenieren. Das Ziel ist es, eine „faire“ Gesellschaftsordnung zu begründen, die Ungleichheit nur in bestimmtem Maß und unter bestimmten Bedingungen akzeptiert und die dadurch gekennzeichnet ist, dass alle Menschen mit vergleichbaren Fähigkeiten auch die gleichen Chancen haben.

3. GIBT ES WAHRHEIT? WIE UND AUF WELCHER GRUNDLAGE KANN ICH ZWISCHEN RICHTIG UND FALSCH UNTERSCHIEDEN?

John Rawls entwirft das Ideal eines säkularen, liberalen und gleichzeitig gleichheitsorientierten Staats. Der Staat ist also der Freiheit der Einzelnen verpflichtet, er garantiert Chancengleichheit und er bleibt gegenüber verschiedenen religiösen Standpunkten und Glaubenssätzen neutral. Zur Freiheit zählt natürlich auch die Religionsfreiheit: jede*r kann also glauben, was er/sie möchte. Da die menschliche Erkenntnisfähigkeit begrenzt ist, können wir verschiedene Fragen (beispielsweise mit Blick auf ein Leben nach dem Tod) nicht mit Sicherheit beantworten. Rawls geht davon aus, dass es in der Folge unterschiedliche Überzeugungen und Vorstellungen gibt. Moderne, freiheitliche Gesellschaften sind also notwendig plural – sie sind geprägt von einer Verschiedenheit der vertretenen Lebensansätze, Religionen und Moralvorstellungen.

Mit Hilfe des Schleiers der Unwissenheit glaubt er aber, trotz dieser Verschiedenheit allgemeine Regeln identifizieren zu können. Seine Theorie hat deshalb einen sogenannten „universellen“ Anspruch. Rawls ist überzeugt davon, dass wir alle unter den Bedingungen des Schleiers der Unwissenheit die gleichen Gerechtigkeitsregeln identifizieren würden. Er sucht also keine Letztbegründung oder letzten Wahrheiten, sondern sein Denken strebt (nur) danach, Regeln zu finden und Rechte zu begründen, die auf allgemeine Akzeptanz stoßen könnten.

4. WAS PRÄGT UNSERE SICHT AUF DIE WELT BZW. WAS PRÄGT UNSEREN URTEILSSTANDORT? UND WAS GILT ES DAHER IM SINNE EINES MÖGLICHST FREIEN DENKENS UND URTEILENS KRITISCH IN DEN BLICK ZUNEHMEN?

Wenn Menschen im Rahmen einer gerechten Grundstruktur leben, erwerben sie laut Rawls auch einen Gerechtigkeitssinn. Das heißt, sie entwickeln aus sich heraus den Wunsch, gerecht zu handeln und die Gerechtigkeit zu erhalten. Gerechtigkeit wird damit für uns alle zu einem zentralen Anliegen.

Trotzdem sind sich Menschen nicht in allen Aspekten der Lebensgestaltung einig und haben nicht immer die gleiche Vorstellung davon, wann eine politische Maßnahme richtig ist. Wir unterscheiden uns beispielsweise in unseren Religionszugehörigkeiten – was unter anderem dazu führt, dass wir unterschiedliche Meinungen dazu haben können, ob Abtreibungen oder Sterbehilfe erlaubt sein sollten oder nicht. Gegenüber den verschiedenen Lebensanschauungen, religiösen Grundsätzen oder Moralvorstellungen muss der Staat neutral sein – denn sonst, können nicht alle Bürger*innen die getroffenen Entscheidungen gleichermaßen akzeptieren. Es dürfen daher laut Rawls nur solche Argumente in der politischen Debatte eine Rolle spielen, die von allen Entscheidungsbetroffenen geteilt werden können. Nur durch eine solche Selbstbeschränkung auf „neutrale“ Argumente können wir Regeln entwickeln, die einen „übergreifenden Konsens“ ermöglichen.